

Die Stadtverordnetenvorsteherin  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738    Telefax (0611) 31-3902  
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
SachbearbeiterIn: Frau Koba  
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren  
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 10.10.2003

## **EINLADUNG**

zur öffentlichen Sitzung  
**der Stadtverordnetenversammlung**  
am Donnerstag, 16.10.2003, um 16:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

### **Tagesordnung I**

1. Mitteilungen
2. Fragestunde
3. **03-F-01-0049**

Reformschulen in Wiesbaden  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Schulentwicklungsplan sind folgende schulorganisatorischen Veränderungen aufzunehmen:

Gustav-Stresemann-Schule und Gerhard-Hauptmann-Realschule werden zum Beginn des Schuljahres 2004/2005 in „Reformschulen“ umgewandelt (Status: Versuchsschule nach §14 Hessisches Schulgesetz).

Diese „Reformschulen arbeiten nach folgenden pädagogische Grundsätzen:

## Seite 2 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003

- Einheitlicher Klassenverband (keine Zuweisung nach Schulformen) bis Klasse 10. Wenn die Schulgremien es für erforderlich halten, kann in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch ein nach Leistung differenziertes Kursangebot eingerichtet werden.
- Durchgängige Lehrerteams bis Klasse 10
- Keine Zugangsbeschränkung oder –quotierung nach Schulformempfehlung

Die Reformschulen sollen ein durchgängiges Ganztagsangebot und eine zusätzliche Ausstattung mit Lehr- und Betreuungskräften bei einer Klassengröße bis zu 25 Schülern erhalten.

Besonderes Merkmal der Reformschulen soll eine intensive Einbeziehung der Arbeitswelt in den Unterricht sein - durch enge Kooperation mit Unternehmen, Handwerksbetrieben und Berufsschulen. Als besondere Schwerpunkte der Reformschulen sind der Erwerb von Sprachkompetenz und Sport vorzusehen.

### 4. **03-F-05-0009**

Ganztagsangebote an Schulen

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 08.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

eine Prioritätenliste zur Umsetzung von Ganztagsangeboten an Schulen zu erstellen, um für die Jahre 2003 bis 2007 Zuwendungen, die im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ dem Land Hessen vom Bund zur Verfügung gestellt werden, zur Schaffung einer modernen Infrastruktur im Bereich der ganztägigen Förderung und Betreuung an Schulen sowie in Kooperationsmodellen zwischen Schule und öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe, zu beantragen.

### 5. **02-V-08-0041**

**DL 01/03, 43/02**

Schule 2008;

Entwicklungsplan für die Allgemeinbildenden Schulen der Landeshauptstadt Wiesbaden

**ANLAGE**

### 6. **03-F-04-0006**

Bekämpfung von Graffiti-schmierereien

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 17.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

## Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003

Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten,

1. was er in der laufenden Wahlperiode unternommen hat, um das Stadtbild von Graffiti-Schmierereien zu befreien,
2. welche Erfolge er dabei erzielt hat,
3. was er in naher Zukunft unternehmen will, um nachhaltig für eine Verbesserung zu sorgen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert Bundes- und Landesregierung auf, die Städte endlich wirksam im Kampf gegen die Verursacher dieser Schmierereien zu unterstützen.

### 7. 03-F-06-0014

Kürzungen von Landesmitteln im Sozialbereich  
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Hessische Landesregierung und der Hessische Landtag werden aufgefordert, die im neuen Ansatz zum Landes-Haushaltsplan 2004 vorgesehenen Kürzungen von Mitteln im Sozialbereich nicht vorzunehmen.

Die betroffenen sozialen Einrichtungen leisten – zum Teil unter Einbeziehung umfangreicher ehrenamtlicher Arbeitskraft – wertvolle, unverzichtbare soziale Aufgaben wie z.B. Erziehungsberatung, Mädchen- und Frauenarbeit, gewalt- und suchtpreventive Sozialarbeit, AIDS-Hilfe und –Prävention, Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten, Integrationsarbeit, Schuldnerberatungen, Familienbildung, berufliche Reintegration u.a.

Eine Kürzung von Landesmitteln für die betroffenen Einrichtungen und ihre Klientel ist sozial ungerecht und würde absehbar im Verhältnis zu den gekürzten Beträgen vielfach höhere Folgekosten auch für alle öffentlichen Haushalte verursachen.

### 8. 03-S-00-0002

Ausführungen des Vorsitzenden des Seniorenbeirates zur Akademie für Ältere

### 9. 03-F-02-0041

Akademie für Ältere  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seit ihrer Gründung vor elf Jahren fasst die Wiesbadener „Akademie für Ältere“ als Kooperationsverbund von etwa 30 Trägern Bildungs- und Freizeitangebote auf breiter Basis zusammen. Zu den Kooperationspartnern gehören neben dem Seniorenbeirat die Träger der Offenen Altenarbeit, die städtische Altenarbeit, die Erwachsenenbildungs-einrichtungen der Kirchen, die Kommunale Frauenbeauftragte und die Fachhochschule Wiesbaden. Koordination

## Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003

und Geschäftsführung liegen bei der Wiesbadener Volks-hochschule.

Dieses Netzwerk hat sich zu einem zentralen Bestandteil der Seniorenarbeit in Wiesbaden entwickelt. Es unterstützt zahlreiche Senioren, im Alter aktiv zu bleiben, sich weiterzubilden und eigene Erfahrungen weiter zu geben. Der Magistrat wird gebeten, in den anstehenden Verhandlungen über Leistungsverträge im Zusammenhang mit Zuschußzuwendungen an die Volkshochschule einen Fortbestand der „Akademie für Ältere“ zu gewährleisten.

### 10. 03-F-24-0003

Wiesbadener Beschäftigungspolitik sichern - Kommunale Haushalte nachhaltig entlasten  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.08.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die städtischen Gremien in Wiesbaden unterstützen mit Nachdruck die Bemühungen des Deutschen Städtetages, bei der anstehenden Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme eine nachhaltige Entlastung der kommunalen Haushalte zu erreichen. Sie betonen, dass die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung in ihrer Substanz bedroht ist, wenn diese Entlastung ausbleibt.
2. Die Stadt Wiesbaden fordert Bundesregierung, Bundestag und Landesregierung auf, bei den anstehenden Verhandlungen zur Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme keine Lösung zu akzeptieren, die den Kommunen finanzielle Lasten aufbürdet.
3. Die Stadt unterstützt jede sinnvolle Form einer Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Die setzt allerdings voraus, dass im Rahmen dieser Reform (Hartz IV)
  - eine wirkliche finanzielle Entlastung der Kommunen eintritt;
  - die kommunale Kompetenz bei örtlichen Maßnahmen zur Beschäftigung weiter genutzt und gefördert und
  - jeder Anreiz vermieden wird, finanzielle Lasten der Arbeitslosigkeit auf die Träger der Sozialhilfe zu verschieben.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest: Die jetzt vorliegenden Entwürfe der Bundesregierung entsprechen diesen Forderungen nicht. Sie bedürfen deshalb dringend der Bearbeitung im oben beschriebenen Sinne.

### 11. 03-F-02-0029

Bau eines Parkplatzes am Sportplatz Amöneburg  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 09.09.2003 -

#### ANLAGE

### 12. 03-F-02-0022

Erweiterung der Stellplatzanlage für den Sportplatz Kloppenheim  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 23.06.2003 -

**ANLAGE**

**13. 03-F-01-0041**

Besetzung der Stelle des/der hauptamtlichen Bürgermeisters/in als ständigem/ständiger Vertreter/Vertreterin des Oberbürgermeisters  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Auf der Grundlage von § 42 Hessische Gemeindeordnung in Verbindung mit § 40 Abs. 1 Satz 1 dieses Gesetzes ist in die Vorbereitung der Besetzung der Stelle des/der hauptamtlichen Bürgermeisters/in (1. Beigeordneter/e als ständigem Vertreter des Oberbürgermeisters) durch Einberufung des Ältestenausschusses als Wahlvorbereitungsausschusses einzutreten.

**14. 03-F-03-0049**

Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule in Naurod  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.08.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Rudolf-Dietz-Schule in Naurod umzubenennen.

Ortsbeirat und Schulkonferenz werden gebeten hierfür aus ihrer Sicht geeignete Namensvorschläge für die Grundschule Naurods zu machen.

**15. 03-F-02-0032**

Namensgebung für die Grundschule Naurod  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 08.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Beschluss Nr. 538 vom 17.11.1988, wonach die Namensgebung für städtische Gebäude, Schulen, Einrichtungen und Anlagen zu den wichtigen Angelegenheiten des Ortsbezirks zählt, bei denen dem jeweils betroffenen Ortsbeirat die verbindliche Entscheidung zusteht.
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt den Beschluss Nr. 0024 des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Naurod vom 05.08.2003 als sachlich angemessene und politisch ausgewogene Entscheidung.
  - 2.1. Sie unterstützt insbesondere das Ansinnen des Ortsbeirates, sich um eine differenzierte Betrachtungsweise des vielseitigen Rudolf Dietz zu bemühen und eine einseitige Perspektive zu vermeiden.

## Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003

- 2.2. Sie unterstützt des weiteren den Vorschlag des Ortsbeirates, eine Sachverhaltsaufklärung zu betreiben. Diese müsste aber den geschichtswissenschaftlichen Mindeststandards von heute genügen (Einbeziehung des biographischen und historischen Kontextes, werkimmanente Sprach- und Stilanalyse u.a.m.).
3. Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Entscheidung des Ortsbeirates, den Namen für die Grundschule Naurod bei Rudolf-Dietz-Schule zu belassen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung respektiert Überzeugungen, die von den Mehrheitsentscheidungen in der Schulkonferenz und im Ortsbeirat abweichen und die Beibehaltung des Schulnamens ablehnen, sofern dieser Ansatz nicht auf Naurod beschränkt, sondern konsequent verfolgt wird. Demnach wären alle öffentlichen Einrichtungen in Wiesbaden umzubenennen, die den Namen einer Person tragen, der Äußerungen zugerechnet werden können, die nach heutigen Maßstäben nicht als vollständig und ausnahmslos unbedenklich einzustufen sind.

### 16. 03-F-01-0040

Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 02.09.2003 -

#### ANLAGE

### 17. 03-F-02-0031

Jugendschutz  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 08.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob er die Beurteilung der Suchtberatungsstelle des Caritasverbandes zur Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch sogenannte „Pop-Getränke“ teilt.
2. Gedenkt der Magistrat, im Rahmen von Jugendschutzmaßnahmen der besonderen Gefährdung zu begegnen?
3. Wann hat der Magistrat zuletzt an welchen Orten und mit welchem Ergebnis Kontrollen im Zuge des Jugendschutzes durchgeführt bzw. durchführen lassen?

### 18. 03-F-01-0036

Fortsetzung der Verwaltungsreform  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 30.06.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

## Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003

Der Magistrat möge berichten,

1. Ob die im Reformprozess WiWa I und WiWA II erzielten Ergebnisse dokumentiert werden sollen.
2. Wie die bereits erarbeiteten und umgesetzten Ergebnisse des Reformprozesses WiWa I und WiWA II inhaltlich und organisatorisch gesichert werden sollen.  
Dies gilt insbesondere für die Steuerung der Amtsgeschäfte über Jahresprogramme, die Ergebnisse der Phase 1 der Einführung eines Strategischen Managements, die existierenden Bausteine der Personalentwicklung sowie für neue Kooperationsformen wie Projekt- und Teamarbeit, Führungskonferenzen, Amtsleiterplenum usw.
3. Wie die noch ausstehenden Reformergebnisse erarbeitet werden sollen, beispielsweise die noch fehlenden Bausteine der Personalentwicklung, wie Führungsgrundsätze und Mitarbeitergespräch.
4. Warum die drei letzten Sitzungen der Kommission für Verwaltungsreform ausgefallen sind, und wann die nächste Sitzung der Kommission für Verwaltungsreform nun tatsächlich stattfindet?
5. Ob die so genannte verwaltungsinterne Koordinierungsgruppe weiter arbeiten soll, wenn ja mit welchen Aufgaben.
6. Ob und mit welchen Inhalten und in welcher Organisationsform die Verwaltungsreform fortgesetzt werden soll.
7. Ob und wie die Einführung des Strategischen Managements erfolgen soll.
8. Ob das Projekt "Steuerung, Steuerungsunterstützung und Controlling" im Personalbereich gestartet werden soll, und falls nicht, welches alternative Vorgehen angedacht ist.
9. Wie die bisher erzielten Ergebnisse der Reform für einen Umbau der Verwaltung und die Sanierung des Haushalts genutzt werden sollen.
10. Welche aktuellen Aufgaben die Stabsstelle für Verwaltungsreform hat.

### 19. 03-F-02-0033

Betreuung Demenzkranker  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 09.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Sind dem Magistrat Altenpflegeeinrichtungen in Wiesbaden bekannt, die besondere Betreuungskonzepte für dementiell erkrankte ältere Menschen vorsehen?
2. Wie gedenkt der Magistrat, solche Vorhaben künftig zu unterstützen?

Begründung:

Der Anteil älterer Menschen, die an Demenz erkrankt sind und in Altenpflegeheimen aufgenommen werden, steigt kontinuierlich. Mit den üblichen Strukturen in Altenpflegeheimen können Menschen mit Demenzerkrankung aufgrund ihres Krankheitsbildes jedoch nicht umgehen. Deshalb haben sich Pflegeheimbetreiber, Pflegekassen, Heimaufsicht und andere Beteiligte

## Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003

andernorts in Hessen inzwischen darum bemüht, spezielle Konzepte der stationären Betreuung (Hausgemeinschaften) zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse dieser Menschen eingeht. Wiesbaden sollte auch hier eine Vorreiterrolle spielen.

### 20. 03-F-01-0047

Sanierung und Nutzung Walkmühle  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- I.
  1. Mit wie vielen neuen Mietern wurden seit Jahresbeginn Verträge für Räume in der Walkmühle geschlossen ?  
Wie sind die vertraglichen Konditionen (Gewerbeverträge, Laufzeit, Verpflichtung zur Übernahme von Sanierungen von beiden Seiten usw.)?
  2. Wer wählt die Mieter aus und nach welchen Kriterien?
  3. Erfolgt eine Abstimmung mit dem Verein Walkmühle e.V. über die neu vergebenen Räumlichkeiten hinsichtlich der Einzugs- und Auszugstermine u.a.?  
Inwieweit ist für den Verein Walkmühle e.V., der seit vielen Jahren das Anwesen durch sein Engagement und eigene Investitionen gesichert hat, eine Bestandssicherung gewährleistet?
- II.
  - 1, Liegen der Stadt von den beiden Vereinen Walkmühle e.V. und Kunst und Raum e.V. Nutzungs- und / oder Finanzierungskonzepte vor?
  2. Führt(e) die Stadt mit diesen Vereinen oder Einzelpersonen Verhandlungen über einen Pachtvertrag?
- III.
  1. Aus welchen Mitteln werden die derzeit laufenden Sanierungsmaßnahmen in der Walkmühle bezahlt? Welche Sanierungsmaßnahmen sind derzeit insgesamt geplant bzw. in Durchführung und wie hoch sind die Kosten veranschlagt.
  2. Gibt es Auflagen hinsichtlich der weiteren Nutzung der Gebäude (Bauaufsicht o.a.)?
  3. Hat der Magistrat Informationen über die insgesamt zu veranschlagenden Sanierungskosten?

### 21. 03-F-01-0048

Realisierung Mahnmahl Jenny Holzer  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:



Der Magistrat möge berichten, welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses 0280 der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Juli 2003 ergriffen wurden, der eine umgehende Realisierung des Mahnmal-Entwurfs von Jenny Holzer vorsieht.

**22. 03-F-02-0009**

**DL 23/03-1**

Unterbringungsmöglichkeiten für die Fahrzeuge der Wiesbadener Fastnachtsvereine  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 11.03.2003 -

**23. 03-F-02-0027**

Öffnung der Frankfurter Straße stadteinwärts  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 09.09.2003 -

**ANLAGE**

**24. 03-V-66-0207**

Frankfurter Straße zwischen Rheinstraße und Bierstadter Straße; Öffnung stadteinwärts

**ANLAGE**

**25. 03-F-02-0042**

Biennale  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bewertet das Projekt „Biennale“ als sehr geeigneten Weg, ein neues kulturelles Glanzlicht für das Rhein-Main-Gebiet zu schaffen, dessen Wirkung weit über die Region selbst hinausgeht.

Die Stadtverordnetenversammlung bejaht die Absicht, die „Biennale“ als Gemeinschaftsprojekt von Land, Staatstheater, den Städten Wiesbaden und Frankfurt sowie der Bundeskulturstiftung vorzusehen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass für die Chance einer positiven Bescheidung des Antrags das Staatstheater für eine Förderung durch die Bundeskulturstiftung eine möglichst verbindliche Zusage auch über den Wiesbadener Anteil in Höhe von 150.000,00 € benötigt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass einerseits die finanzielle Lage der Stadt eine neue Ausgabe aus dem Haushalt in dieser Höhe nicht zulässt, andererseits aber die Bereitschaft von Sponsoren zur Finanzierung besteht.

Um das beschriebene Dilemma aufzulösen bittet die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat bei der anstehenden Haushaltsaufstellung im Etat des Oberbürgermeisters einen Ausgabentitel in Höhe von 150.000,00 € für diesen Wiesbadener Anteil vorzusehen, und gleichzeitig mit einem neuen Einnahmetitel für Sponsorengelder, der die Deckungsfähigkeit zum Ausgabentitel herstellt, einzusetzen.

**26. 03-F-04-0009**

Dringliche Anfrage des Fraktionsstatusinhaber DIE REPUBLIKANER aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.09.2003 betreffend ausordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages am 24.09.2003

**ANLAGE**

**27. 03-F-02-0043**

Soforthilfe für die Kommunen - keine weitere Vertröstung der Städte  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 06.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass bis heute nicht erkennbar ist, wie eine Reform der Gewerbesteuer aussehen soll, die nach den Plänen der Bundesregierung gleichwohl aber zum 1. Januar 2004 in Kraft treten soll.

Da die Kommunen erkennbar vor ihrer größten finanziellen Herausforderung 2004 und 2005 stehen, fordert die Stadtverordnetenversammlung Bundes- und Landesregierung auf, entweder eine umgehende Einigung bei der Gewerbesteuer nach Vorstellungen der Kommunen zu erzielen, oder –als Übergangslösung- die Gewerbesteuerumlage auf den Stand von 2000 zu reduzieren (dies entspricht etwa einer Reduktion von 20 Prozent) und den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer von 2,2 Prozent auf 3 Prozent zu erhöhen. Damit könnte 2004 eine grundlegende Reform der Gewerbesteuer erarbeitet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung befürchtet, dass eine langwierige Beratung der Reform der Kommunalfinanzen im Hinblick auf die zur Verabschiedung eines solchen Gesetzes notwendigen parlamentarischen Abläufe (1. Bundestagslesung, 2. Bundestagslesung, 1. Bundesratsdurchgang, 2. Bundesratsdurchgang, Vermittlungsausschuss, 3. ggf. Vermittlungsausschuss, 3. Bundestagslesung) die rechtzeitige Umsetzung unmöglich machen könnte, sofern es Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat nicht umgehend gelingt, einen allgemein zustimmungsfähigen Entwurf zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet das Land Hessen, in den anstehenden Verhandlungen diese Position zu unterstützen.

**28. 03-F-01-0058**

## Seite 11 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003

Planungsverfahren Elsässer Platz

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, für eine Bewohnergarage unter dem Elsässer Platz eine neue Machbarkeitsstudie mit folgenden Vorgaben in Auftrag zu geben:

- Bau einer Tiefgarage mit mindestens 1.000 Stellplätzen, ggf. unter Einbeziehung angrenzender, nicht überbauter öffentlicher Flächen
- Gestaltung des Platzes als öffentliche Freifläche ohne Bebauung;
- Finanzierung der Baumaßnahme mit Mitteln des Garagenfonds, während der Betrieb der Anlage aus laufenden Einnahmen zu decken ist.

### 29. 03-F-02-0044

Machbarkeitsstudie Quartiergaragen Elsässer Platz und Gutenbergplatz

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 06.10.2003 im Ausschuss -

Beschluss Nr. 0170 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 07.10.2003

#### **ANLAGE**

### 30. 03-F-05-0008

Einrichtung Ehrenamts-Pass bzw. -Card

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 08.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten in enger Zusammenarbeit mit dem Freiwilligenzentrum Wiesbaden e.V. einen Ehrenamts-Pass / -Card nach dem Mainzer Modell zu initiieren.

Ziel ist das bereits in anderen Bundesländern erfolgreich praktizierte Modellprojekt auf Wiesbaden zu übertragen. Gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen soll ein Zeichen des Dankes und der Anerkennung für die ehrenamtlich Aktiven gesetzt werden und zum weiteren bürgerschaftlichen Engagement motivieren.

### 31. 03-F-03-0072

Kompetenz des Stadtarchivs unbestreitbar

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung,

## Seite 12 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003

- schätzt die wissenschaftlichen Kompetenz und fachliche Arbeit des Stadtarchivs und bekräftigt das Lob, dass Herr Oberbürgermeister Hildebrandt Diehl - anlässlich des hundertsten Geburtstag von Georg Buch - den Mitarbeitern des Stadtarchivs öffentlich zollte.
- unterstützt die weitere Aufarbeitung der Lebensgeschichte und Werke des Rudolf Dietz durch das Stadtarchiv und bittet das Stadtarchiv die Möglichkeiten der Kooperation mit dem Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt zu suchen.
- regt an, dass das Stadtarchiv in Naurod eine öffentliche Ausstellung zu Leben und Wirken des Heimatdichters Rudolf Dietz organisiert und dem Nauroder Heimatmuseum hierzu eine Kooperation anbietet.

### 32. 03-F-04-0007

Umbenennung der Karl-Marx-Straße  
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 08.10.2003

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

die Karl-Marx-Straße wird umbenannt. Der Name Karl Marx steht für eine totalitäre Ideologie der Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt daher den Magistrat nach Anhörung des Ortsbeirates hinsichtlich geeigneter Alternativnamen eine Vorlage zur Umsetzung der Umbenennung zu erarbeiten.

### 33. 03-F-06-0012

Umstrukturierung der Ortsverwaltungen  
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 16.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet vom Magistrat vor Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht über die zu erwartenden Auswirkungen der geplanten Umstrukturierung der Ortverwaltungen.

Dieser Bericht soll insbesondere auch folgende Fragen beantworten:

Welche Auswirkungen hat die geplante Umstrukturierung der Ortsverwaltungen auf

die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inkl. dienstlich bedingter Fahrtzeiten) und

die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Ortsbezirke

sowie auf die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsplatzsituation im Verwaltungsbereich?

**34. 03-F-06-0013**

Wiederanwendung der in der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2000/2001 festgelegten Hebesätze für die Gewerbesteuer und Grundsteuer  
- Antrag Fraktionsstatusinhaber Linke Liste vom 01.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden möge beschließen:

Die in der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 festgelegten Hebesätze für die Gewerbesteuer und Grundsteuer werden für zukünftige Haushaltsjahre - beginnend mit 2004 und 2005 - wiederangewendet.

**35. 03-F-01-0057**

Besetzung von Amtsleiterstellen  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 06.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten, inwieweit der Magistratsbeschluss Nr. 0168 vom 09.03. 1999 die Verfahrensregeln zu Stellenbesetzungsverfahren vollständig und zeitnah zu überarbeiten, bereits in die Tat umgesetzt ist.

**36. 03-F-06-0017**

Schriftliche Anfrage Nr. 64/03 des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste nach § 43 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Mehreinnahmen aus der Wiederanwendung der Hebesätze 2001 für die Gewerbe- und Grundsteuer in Wiesbaden  
- Aufnahme als Beratungsgegenstand, da die schriftliche Antwort nicht fristgemäß erteilt worden ist. -

**ANLAGE**

**37. 03-F-06-0015**

Freigabe des Geländes "Kastel Storage Station" (ehem. "AFEX-Gelände) in Mainz-Kastel  
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses 0128 der Stadtverordnetenversammlung vom 14. März 2002 ergriffen wurden, der vorsieht, dass sich die Landeshauptstadt Wiesbaden um Verhandlungen der Bundesregierung zur Freigabe des etwa 21 Hektar großen US-Militärgeländes "Kastel Storage Station" (ehem. "AFEX-Gelände") im Zentrum von Mainz-Kastel bemüht.

## Seite 14 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003

Die vom Ortsbeirat Mainz-Kastel einstimmig befürwortete Planungsstudie "Stadtpark Kastel-Mitte" soll in diesem Zusammenhang zur Grundlage einer Bebauungsplanung gemacht werden.

### 38. 03-F-04-0008

Umbenennung der Martin-Niemöller-Schule  
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 08.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

die Martin-Niemöller-Schule wird umbenannt.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt daher den Magistrat nach Anhörung des Ortsbeirates und der Schulkonferenz hinsichtlich geeigneter Alternativnamen eine Vorlage zur Umsetzung der Umbenennung zu erarbeiten.

## Tagesordnung II

1. **03-V-01-0001** **DL 24/03-1**  
Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von den Niederschriften über die 28. Sitzung
2. **03-V-04-0010** **DL 26/03-1, 25/03-1**  
Lokale Nahverkehrsgesellschaft Wiesbaden (LNG);  
Errichtung der LNG mbH, Vertragseckpunkte, Neuordnung Finanzströme
3. **03-V-08-0008** **DL 24/03-3**  
Investitionsbudget Schulen
4. **03-V-10-0017** **DL 24/03-4**  
Erfahrungsbericht zu den "Ausführungsrichtlinien für die Gewährung von Zuschüssen aus Haushaltsmitteln der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Förderung der Städtepartnerschaftsaktivitäten der Partnerschaftsvereine in Wiesbaden
5. **03-V-11-3008** **DL 24/03-6**

## Seite 15 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003

Sicherstellung des Verfahrensbetriebs nach Einstellung des operativen Betriebes durch das KGRZ Wiesbaden zum 30.06.2003

- |            |  |                   |
|------------|--|-------------------|
| <b>6.</b>  | <b>03-V-20-0036</b>  | <b>DL 24/03-7</b> |
|            | Investitionscontrolling Auswertung 2. Quartal 2003                         |                   |
| <b>7.</b>  | <b>03-V-22-0006</b>  | <b>DL 24/03-8</b> |
|            | Erstattungsinsen, hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für 2002 |                   |
| <b>8.</b>  | <b>03-V-31-0001</b>  | <b>DL 21/03-2</b> |
|            | Tätigkeitsbericht des Amtes für Verkehrsüberwachung und Gefahrenabwehr     |                   |
| <b>9.</b>  | <b>03-V-41-0021</b>  | <b>DL 26/03-2</b> |
|            | Filmfestival "Go east" in 2004   |                   |
|            | <b>ANLAGE</b>  |                   |
| <b>10.</b> | <b>03-V-51-0042</b>  | <b>DL 25/03-2</b> |
|            | Sozialhilfe-Geschäftsstatistik 1. und 2. Quartal 2003                      |                   |

## Tagesordnung III

- |           |  |                   |
|-----------|--|-------------------|
| <b>1.</b> | <b>03-V-08-0007</b>  | <b>DL 24/03-2</b> |
|           | Kooperationsvertrag zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Kultur |                   |

**Seite 16 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.10.2003**

2. **03-V-11-0003** **DL 24/03-5**  
LOGA: KGRZ-Rechnungen für Betrieb und Softwarepflege
3. **03-V-61-0038** **DL 26/03-3**  
Beitrittsbeschluss-Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden  
hier: Genehmigung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Wiesbaden

**Zu Punkt 3. tagt der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit am 16.10.2003.**

4. **03-V-61-0041** **DL 25/03-3**  
Grundsätzliche Beschlussfassung zur Aufstellung des Bebauungsplanes  
"Luisenstraße/Schwalbacher Straße" in Wiesbaden

## **Tagesordnung IV**

1. **03-V-20-0042** **DL 24/03-1 NÖ**  
Sachstandsbericht über die wirtschaftliche Lage der AltenHilfe Wiesbaden GmbH zum  
30.06.2003
2. **03-V-80-2365** **DL 26/03-1 NÖ**  
Verkauf des Grundstücks Albrechtstraße 20 - 22
3. **03-V-80-8012** **DL 26/03-2 NÖ**  
Personalausstattung Wirtschaftsförderung

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.



Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin